# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und die Ausgabestellen die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die fünfgespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 70 Goldpfennige amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 185 — Dienstag, den 11. August 1925 — 20. Jahrgang


# Zwei schwere Eisenbahnunfälle.

In der Nacht zum Sonntag, kurz nach Mitternacht, ist der D-Zug 115 München—Breslau auf der Station Luhe-Wildenau bei Weiden (Oberpfalz) auf einen Güterzug aufgefahren. Mehrere Wagen des D-Zuges sind umgestürzt. Ein Schaffner und ein Reisender sind tot. Der tödlich verletzte Reisende stammt aus Potsdam und hatte seine Angehörigen bei sich. Dreizehn andere Reisende, zumeist aus Leipzig und Berlin, sind verletzt. Die beiden schwerer Verletzten wurden in das Krankenhaus zu Weiden transportiert, die elf leichter Verletzten wurden auf Bahren mit dem Ersatzzuge fortgeführt, der mit sechs Stunden Verspätung von Weiden gestellt wurde Der verunglückte Zug ist ein Nachzug zu dem D 21, der auf dem Hauptbahnhof Chemnitz morgens um 5.07 Uhr fällig ist.

•

Heute früh zwischen 3 und 4 Uhr fuhr ein von Hirschberg kommender Güterzug auf einen in Station Nabishau stehenden Güterzug auf. Durch den heftigen Anprall wurden zahlreiche Wagen zertrümmert, so daß ganz bedeutender Materialschaden entstanden ist. Bisher wurden zwei Tote und drei Schwerverletzte festgestellt. Die Ursache ist noch nicht aufgeklärt. Der Verkehr wird teilweise durch Umleitung, teilweise durch Umsteigen aufrecht erhalten.

## Das Quäkertum und die Zölle.

Auf der Tagung der deutschen Freunde des Quäkertums, die kürzlich in Eisenach stattgefunden hat, wurde im Anschluß an den Vortrag von Prof. v. Schulze-Gävernitz über die soziale Botschaft des Quäkertums folgende Resolution gefaßt:

Die in Eisenach tagende Versammlung empfindet es als religiöse Pflicht gegenüber unserem ganzen Volke, folgende Tatsachen festzustellen:

1. Die Lebenshaltung von Millionen deutscher Volksgenossen befindet sich zur Zeit auf oder unter dem Existenzminimum. Es gilt dies in erster Linie von der großen Masse der Lohnarbeiter, aber nicht minder von breiten Schichten der Beamten, Mittelstandsangehörigen, Kriegsbeschädigten, Sozialrentner aller Art und Kleingewerbetreibenden — alles zusammengenommen, der Mehrheit des deutschen Volkes.

2. Das im Reichstag zur Zeit zur Verhandlung stehende Zollgesetz schließt eine Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse in sich; es bedroht damit die Lebenshaltung breitester Volkskreise; es vertieft die schon heute tiefgehenden Klassengegensätze, es steigert die Erbitterung der Arbeiter zur Verzweiflung.

Die genannte Versammlung protestiert daher gegen das geplante Zollgesetz auf das entschiedenste, indem sie von der Erfahrung ausgeht, daß es unmöglich ist, die geistliche Botschaft Menschen nahe zu bringen, denen die leibliche Nahrung versagt ist. Das Wort Jesu: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein" schließt die Tatsache in sich, daß der Mensch in erster Linie vom Brot lebt, weshalb das Gebet des Herrn die Bitte um das tägliche Brot mit gutem Grunde in den Mittelpunkt gestellt hat. Die Versammlung weiß sich in dieser Stellungnahme einig mit den besten Traditionen der religiösen Gesellschaft der „Freunde", genannt die Quäker. und ihrer Geschichte von nahezu drei Jahrhunderten.

## Der Provinziallandtag Grenzmark Posen-Westpreußen zur Optantenfrage.

Der zur 5. Tagung in Obrawalde versammelte Provinziallandtag der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen hat am Freitag einstimmig folgende Entschließung angenommen:

„Der heute tagende Provinziallandtag der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen nimmt mit Entrüstung von dem allen Gesetzen der Menschlichkeit hohnsprechenden Verfahren der polnischen Regierung Kenntnis, die deutschen Optanten in rücksichtsloser Weise von Haus und Hof vertrieben hat. Er fordert von der Reichs- und Staatsregierung entschiedene Vergeltungsmaßnahmen, und zwar in erster Linie, um den deutschen Optanten in Deutschland Unterkunft zu gewähren.

Zugleich werden von Reich und Staat ausreichende Maßnahmen erwartet, um den Aufenthalt der Optanten in dem Lager Schneidemühl nach Möglichkeit abzukürzen und sie mit größter Beschleunigung in das deutsche Wirtschaftsleben einzugliedern.

Die Staatsregierung wolle ferner mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß bei der Unterbringung der deutschen Optanten, insbesondere bei der Durchführung der für sie erforderlichen Bauvorhaben, alle kleinlichen und bürokratischen Hemmnisse fortfallen in großzügiger, dem Massenelend gerecht werdenden Weise verfahren werde."

## Hungerstreik bulgarischer Kommunisten.

Sofia, 8. August. Die im Zentralgefängnis Sofia untergebrachten Kommunisten sind wegen angeblich schlechter Behandlung in den Hungerstreik getreten. Die Staatsanwaltschaft ordnete eine Untersuchung an.

## Verschlechterung der Friedensaussichten in Marokko.

Paris, 9. August. „Petit Journal" will wissen, daß weder in Paris noch in Madrid eine baldige Veröffentlichung der Friedensbedingungen, die man Abd el Krim stelle, ins Auge gefaßt sei. Auf Grund der günstigen Wendung, die jetzt die Ereignisse in Marokko genommen hätten, würde jede Ueberstürzung auf französischer oder spanischer Seite unangebracht sein. Wenn Abd el Krim weiterhin auf die Vorschläge, die ihm zur Kenntnis gebracht seien, nicht antworte, würden die kriegerischen Maßnahmen noch einige Zeit fortgeführt werden. Eine Aktion großen Stils komme nicht vor Anfang September rid getroffene Abkommen betreffend die genaue Festlegung der Grenze zwischen der französischen und der spanischen Zone veröffentlichen.

### Die militärische Lage in Marokko.

Nach Havasmeldungen aus Fez vom 8. August stellt sich die militärische Lage in Marokko folgendermaßen dar: Im östlichen Frontabschnitt sind zwei französische Abteilungen trotz der starken Hitzewelle bei Dar Medbah und Bab Murdj tätig, um die Gegend vom Feinde zu säubern und die zwischen den Posten von Kela und Mulay Ali von feindlichen Einbrüchen bedrängten Abteilungen zu entlasten. Im Frontabschnitt von Wessan ist kein militärisches Unternehmen zu melden. Um die Moral der Stämme zu heben, ist im Westen Abd el Krims Kommandant Kheriro und im Osten sein Bruder propagandistisch tätig. Infolge der jüngsten französischen Erfolge macht sich bei den verschiedensten bisher auf Abd el Krims Seite stehenden Stämmen Kampfmüdigkeit geltend. Das Eintreffen von Verstärkungen macht es möglich, die seit mehreren Monaten ununterbrochenen im Kampfe stehenden französischen Truppen abzulösen. Der Stellungswechsel vollzieht sich vollkommen regelmäßig.

### Französisch-spanischer Nachrichtenaustausch in Marokko.

Madrid, 9. August. Der Nachrichtenaustausch zwischen dem spanischen und dem französischen Nachrichtendienst hat begonnen, nachdem eine Telephonleitung zwischen Alkassar. Kenbir und Arbaua in der französischen Zone gelegt worden ist.

•

### Bevorstehender Besuch italienischer Kriegsschiffe in Santander.

Madrid, 9. August. Vizeadmiral de Magaz kündigt an, daß das aus den baltischen Gewässern zurückkehrende italienische Geschwader in Santander vor Anker gehen werde.

## England schließt sich dem Tanger-Abkommen an.

Paris, 8. August. Der spanische Botschafter in London hat das Direktorium davon in Kenntnis gesetzt, daß die englische Regierung dem kürzlich zwischen Frankreich und Spanien über die internationale Zone von Tanger erzielten Abkommen sich anschließe.

## Zur bevorstehenden Wiederaufnahme der tschechoslowakisch-polnischen Luftfahrtsverhandlungen.

Prag, 9. August. Wie die Prager Abendzeitung erfährt, werden die tschechoslowakisch-polnischen Luftschiffahrtsverhandlungen binnen kurzem wieder aufgenommen werden. Die Schwierigkeiten der bereits zweimal abgebrochenen Verhandlungen bestünden darin, daß die Tschechoslowakei von Polen bei der Fluglinie Krakau—Wien beim Ueberfliegen tschechoslowakischen Gebiets eine Zwangsladung in Brünn fordert und dies damit begründet, daß bei künftigen Verhandlungen mit Deutschland kein Präzedenzfall für ein Ueberfliegen tschechoslowakischen Gebietes ohne Landung vorliegen soll.

## Zum Verfassungstag.

Von Alfred Brodauf, M.d.R.

Am 11. August werden es sechs Jahre, daß in Weimar, der heiligsten Stätte Deutschlands, der Reichspräsident die Verfassung des deutschen Reiches verkündete. Sie ist das Werk der Nationalversammlung, die sich das deutsche Volk im Jahre 1919 gewählt hat. Die Verfassung ist entstanden in schwerer Zeit, in einer Zeit der Not und des Elends, in einer Zeit physischer und moralischer Zermürbung, hervorgerufen durch den fast fünfjährigen verlorenen Krieg. In solcher Zeit einem Volk eine Verfassung zu geben, ist eine überaus schwere Aufgabe. Daß die Nationalversammlung sie in sechs Monaten löste, war eine erstaunliche Leistung. Am 31. Juli 1919 wurde die Annahme mit imponierender Majorität beschlossen, mit 262 gegen 75 Stimmen, also mit über ¾ Majorität.

Von den Monarchisten wird die republikanische Verfassung von Weimar in schärfster Weise bekämpft. Nur zu oft vollzieht sich dieser Kampf in unwürdiger Form. Und doch müßten auch die, die innerlich zur Monarchie stehen, an dem Verfassungswerk von Weimar zweierlei anerkennen:

**sie hat uns aus einem Chaos herausgebracht und sie hat uns die Reichseinheit gesichert.**

Das sind historische Bedeutungen, die alle anerkennen müßten, die ihr Vaterland lieben. Das erste hat auch Stresemann einmal als richtig anerkannt. In seiner Reichstagsrede vom 9. August 1923 hat er gesagt:

„Vom November 1918 bis zum August 1919 wurde ein wichtiger Kampf ausgefochten, den Deutschland so leicht vergißt, weil man eben immer so leicht über Gefahren hinwegkommt, die hinter einem liegen. Damals handelte es sich darum, ob wir den Weg der Diktatur des Proletariats gingen oder zu dem Gedanken der verfassungsmäßigen Staatsform zurückkehrten. Daß in diesem Kampf der Verfassungsgedanke gesiegt hat, hat uns die Grundlage für die Möglichkeit der Konsolidierung der deutschen Verhältnisse geschaffen."

Aber es gibt Leute in Deutschland, auch von hohem Rang, die sich vermessen, die Verfassung von Weimar zu schmähen als ein Werk des Hochverrats. Im Hitlerprozeß zu München haben selbst Juristen sich zu dem Ausspruch verstiegen, daß dieses Verfassungswerk keine bindende Kraft habe. So können aber nur die denken und urteilen, denen die historischen Zusammenhänge verlorengegangen sind oder die sie wider besseres Wissen ignorieren. Die Verfassung von Weimar hat keine bestehende Ordnung zerstört, sondern sie hat auf den Trümmern einer zusammengebrochenen Ordnung eine neue geschaffen. Die alte Ordnung war im November 1918 zusammengebrochen. Die Dynastien hatten den verlorenen Krieg nicht zu überstehen vermocht, sie hatten die Warnungen in den Wind geschlagen, die ihnen schon im Jahre 1917 zugegangen waren, sie hatten die Entschlußkraft nicht aufgebracht, den aussichtslosen Krieg vor dem Zusammenbruch zu beenden. Das von Ludendorff veranlaßte Waffenstillstandsangebot im Oktober hatte dem Volk, dem bis dahin der Sieg verheißen worden war, die fürchterlichste Enttäuschung gebracht. Und als nach der Flucht Wilhelms II. nach Holland überall einige wenige Leute aufstanden, um die Fürsten für abgesetzt zu erklären, rührte sich niemand, um die wankenden und stürzenden Throne zu erhalten. Wer damals keinen Finger gerührt hat, um das Wankende zu erhalten, dem steht es schlecht an, wenn er nachträglich über die sogenannte Revolution zetert. Was man die Revolution vom November 1918 nennt, war ein Zusammenbruch. Die Folge des Zusammenbruches war ein Chaos. Aus diesem Chaos erging der Ruf nach der Nationalversammlung, die eine neue Ordnung schaffen sollte. Keiner von den heutigen Monarchisten hat dagegen, daß zu diesem Zwecke die Nationalversammlung einberufen wurde, einen Protest erhoben etwa aus dem Gedanken heraus, daß die alte Ordnung noch zu Recht bestehe. Und nun hat die Nationalversammlung den neuen Bau errichtet, dem sie den republikanischen Charakter gab, wie es von der erdrückenden Mehrheit der Wähler verlangt worden war.

Und durch diesen Neubau hat uns die Nationalversammlung die Einheit des Reiches erhalten. Man stelle sich vor, es wäre versucht worden, die abgesetzten Fürstenhäuser wieder einzusetzen. Glaubt man, die süddeutschen Staaten hätten nach allem, was vorgekommen war, wieder mitgemacht, sich dem Hohenzollernhaus zu unterstellen? Glaubt man, man hätte sich auf einen der anderen Fürstenhäuser einigen können, um ihm die Führung im Reich zu übertragen? Nur auf republikanischer Grundlage nach konnte die Einheit des Reiches gewahrt bleiben.

Die Verfassung im einzelnen ist verbesserungsbedürftig. Sie enthält auch Sätze, die noch nicht hinreichend